

17. Dezember 2018

### **Bauverbände zur Kapazitätsdiskussion:**

- **Branche erhöht die Zahl der Beschäftigten 2019 auf 850.000.**
- **Baupreissteigerungen kein Indiz für Kapazitätsmangel**
- **Attraktivität öffentlicher Aufträge muss wieder gesteigert werden**

„Die Bauunternehmen haben ihre Kapazitäten in den vergangenen neun Jahren um rund 130.000 Beschäftigte ausgeweitet. Für 2019 erwarten wir sogar einen Anstieg auf insgesamt 850.000. Wir arbeiten also auf Hochtouren, die hohe Nachfrage an Bauleistungen auch weiterhin zu bedienen. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik, dass aktuelle Baupreissteigerungen oder weniger Angebote auf öffentliche Ausschreibungen allein auf einen Kapazitätsmangel am Bau zurückzuführen sind, nicht haltbar.“ Das erklärten heute die Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), Dipl.-Ing. Peter Hübner, und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Dipl.-Ing. Reinhard Quast, auf der gemeinsamen Jahresabschluss-Presskonferenz in Berlin.

Hinsichtlich der aktuellen Preissteigerungen verwiesen Hübner und Quast darauf, dass diese größtenteils auf Veränderungen auf der Kostenseite zurückzuführen seien. Immerhin hätte sich der Preis für Betonstahl seit Januar 2016 um 50 % erhöht, der Preis für Bitumen im Straßenbau hätte sich sogar mehr als verdoppelt. Zusätzlich müsse die lohnkostenintensive Baubranche eine Erhöhung der Tariflöhne um 5,7 % verkraften. „Trotz dieser Entwicklung werden die Baupreise 2018 insgesamt nur um 4,5 % zulegen. Auf der Zeitachse - mit Beginn der Baukrise 1995 - liegt die Preisentwicklung auch weiterhin unter den Verbraucherpreisen“, so die Präsidenten.

In der Diskussion werde zudem nicht berücksichtigt, dass die Preisentwicklung auch eine Normalisierung darstelle. Hübner und Quast: „In den Jahren der Baukrise haben sich die Unternehmen an der Preisuntergrenze bewegt. Erstmals seit langem sind wir heute wieder in der Lage, die Risiken des Baugeschäfts angemessen zu bepreisen und die schwache Eigenkapitalbasis zu stärken.“ Dies zahle sich am Ende auch für den Auftraggeber aus, der nicht mehr mit den enormen Insolvenzrisiken im Bauhauptgewerbe rechnen müsse, die in der Vergangenheit viele Bauprojekte in die Schieflage gebracht hätten.

Den Rückschlüssen vieler öffentlicher Auftraggeber, dass weniger Angebote auf öffentliche Ausschreibungen auf Kapazitätsengpässe zurückzuführen seien, widersprachen Hübner und Quast: „Aufgrund der hohen Nachfrage schauen die Unternehmen heute genauer hin, unter welchen Bedingungen Aufträge ausgeschrieben und umgesetzt werden. Daher erscheint der öffentliche Auftrag aktuell oftmals unattraktiver als der private.“ Als Gründe nannten die Präsidenten einen hohen bürokratischen Aufwand, langwierige und komplizierte Ausschreibungsverfahren, aber auch fehlende Kapazitäten in den Bauämtern. Wesentlich sei zudem, dass Entscheidungen im Streitfall meist vor Gericht und nicht auf der Baustelle getroffen würden. „Wir möchten gemeinsam mit der öffentlichen Hand daran arbeiten, die Attraktivität der öffentlichen Auftragsvergabe wieder zu erhöhen. Allen voran steht dabei der Wunsch, partnerschaftlicher zusammenzuarbeiten, kurz um: zu bauen statt zu streiten“, boten die Präsidenten abschließend an.